

„Teltower Kreisblatt“ erscheint werktäglich, Bezugspreis monatlich 20 RM. Les. einl. 25 Spf. Postentgelt durch die Post monatlich 20 RM. (einl. 21 Spf. Postentgelt) zusätzlich 20 Spf. Beleggeld. — Bestellungen bei den Postämtern, Vertriebsagenten und unseren Abbestellern im Kreise.



Verleger: H. Preisler, 20. Verlag und Schiffsverlag Berlin W 35, Köpenickerstr. 87. — Fernruf: 22 08 71. Abteilungen: Postfachstelle Berlin Nr. 210 19. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

# Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow \* Amtliches Verkündungsblatt der Kreisverwaltung Teltow

## Die Kriegsschuld der Pariser Regierung

### Unrichtigkeiten des französischen Gelbbuches — Frankreichs Verrat am Frieden

Berlin, 16. Januar.

Das französische Gelbbuch versucht, wie eine hierzu veröffentlichte amtliche Bekanntmachung feststellt, durch tendenziöse Auswahl der Dokumente den Leser über die wahren Zusammenhänge der Vorkriegsgeschichte zu täuschen. So wird zum Beispiel der Eindruck zu erwecken gesucht, als habe Frankreich auch nach der Münchener Zusammenkunft niemals die leiseste Andeutung darüber gemacht, daß es sich in Zukunft an den Deutschsland besonders berührenden Fragen des osteuropäischen Raumes desinteressieren werde.

Diese französische Darstellung entspricht in keiner Weise den Tatsachen, wie aus bindenden Erklärungen der verantwortlichen französischen Politiker dokumentarisch nachgewiesen werden kann. In Wahrheit hat Frankreich nach der 4-Mächte-Zusammenarbeit von München aus offenkundig eine Neuorientierung seiner Außenpolitik angekündigt. 1. Das neue außenpolitische Programm Frankreichs wurde eindeutig Ende Oktober 1938 auf dem Parteitag der Radikalkolonialisten, der führenden Regierungspartei, in Marseille festgelegt. Seine Grundzüge waren vor allem in dem vom Parteitag gebilligten außenpolitischen Bericht des Senators Berthod enthalten. In diesem Bericht wurde angeregt, jede einzelne französische Verpflichtung dahin zu prüfen, ob sie lebenswichtigen Interessen Frankreichs entspreche und mit welchen Mitteln sie gegebenenfalls erfüllt werden könne. Senator Berthod empfahl, gemäß der englischen Tradition präzise und imperative

Verpflichtungen auf diejenigen Punkte zu beschränken, bei denen lebenswichtige Interessen des Landes auf dem Spiele stehen und erkläre insbesondere, daß keine Rede von einer Abdankung Frankreichs sein könnte, wenn dem französischen Volk in seiner Eigenschaft als wehrlicher, seefahrender, afrikanischer und kolonialer Nation die Valorisierung seines herrlichen Imperiums für seine Zukunft wichtiger erschiene als die undankbare Rolle des Gendarmen oder des Bankiers, zu der es sich seinem Siegestrausch überall dort berufen gelaut hätte, wohin seine Armeen es geführt hätte.

Der französische Ministerpräsident Daladier hat sich in seiner Rede vor dem Parteitag am 27. Oktober das von Senator Berthod entwickelte Programm der Selbstbestätigung im wesentlichen zu eigen gemacht. 2. Auf der Basis dieser neuen Politik Frankreichs ist die deutsch-französische Erklärung vom 6. 12. 1938 zustande gekommen.

## Die Politik Bonnets

Eine soeben veröffentlichte amtliche Aufzeichnung über die Gespräche, die Reichsminister von Ribbentrop bei seinem Besuch in Paris mit dem damaligen französischen Außenminister Bonnet geführt hat, gibt Aufschluß über die von Frankreich anerkannten Voraussetzungen, unter denen das deutsch-französische Abkommen abgeschlossen werden ist. Sie beweist, daß der Reichsaussenminister Herr Bonnet deutlich zu verstehen gegeben hat, daß Deutschland die französischen Mittelallianzen in Osteuropa als ausgesprochenes Wehrbleibsel des Verfallener Vertrages ansah, die ein wiedererstarktes Reich nicht länger hinnehmen könnte. Bonnet hat dies ausdrücklich zur Kenntnis genommen und durch seine Erörterung, daß sich die Verhältnisse seit München

in dieser Hinsicht grundlegend geändert hätten, für Frankreich akzeptiert. Auch der Feststellung des Reichsaussenministers, daß Deutschland den tschecho-slowakischen Raum als sein ausgesprochenes Interessengebiet ansah, hat Bonnet nicht widersprochen, vielmehr zu erkennen gegeben, daß Frankreich die der Tschecho-Slowakei unter gewissen Voraussetzungen zu gewährenden Wehrmacht-Garantie als ein lästiges Ueberbleibsel des verfallenen französisch-tschecho-slowakischen Bündnisses betrachte, dem eine besondere Bedeutung nicht zukomme. Jedenfalls hat sich Bonnet durch die Erklärung des Reichsaussenministers, daß „Deutschland eine französische Garantie der Tschecho-Slowakei gegenüber als eine Art Ein-

## Britische Reeder haben nichts mehr zu sagen

### Regierung übernimmt vollständig die Leitung der Schifffahrt

Berlin, 16. Januar.

Bei der vom britischen Schifffahrtsminister Sir John Gilmour verkündeten Schiffsregulierungspolitik, die bekanntlich am 1. Februar in Kraft treten soll, handelt es sich nach neueren Mitteilungen nicht um eine Zwangscharterung, welche die Verantwortung für die Schifffahrt noch immer dem Reeder überläßt, sondern um eine echte Übernahme der Schiffe für Rechnung der Regierung.

Die Reeder sollen zwar die Befrachtung der Schiffe und die Frachtkosten für die Schiffsmannschaft in der bisherigen Weise behalten. Es sollen jedoch Gewinn und Verlust der Schiffsreisen vollständig zu Gunsten oder zu Lasten der Regierung gehen, die den Reedereien nur einen festen Berufungspreis zahlen will, dessen Höhe im Verhandlungsweg festgelegt werden soll. Die Befragungen über das Auflegen und den Einlaß von Schiffen für bestimmte Zwecke und für bestimmte Reiserouten werden aber künftighin allein von dem britischen Schifffahrtsministerium erteilt werden.

Die Tatsache, daß England bereits heute zu einer allgemeinen Requisition von britischen Handelschiffen übergegangen ist, dürfte darauf hindeuten, daß die durch die deutsche Seeführung geschaffene Lage von antizipierter englischer Seite ja ernst beurteilt wird, daß eine solche Maßnahme angezeigt erschien, wie sie vor 25 Jahren erst am Ende des Weltkrieges angezeigt erschien.

In englischen Schifffahrtkreisen haben die angeordneten Maßnahmen große Unzufriedenheit und Entrüstung ausgelöst. Nach einer Mitteilung des Schiffsrechts-Anwaltlers „Fair Play“ richtet sich die Hauptbeschwerde der englischen Reeder vor allem dagegen, daß die Entscheidung über die Befrachtung der Schiffe und über den Neubau von Schiffen in die Hände von Beamten gelegt worden ist.

## Drittes britisches U-Boot versenkt

DWB, Berlin, 16. Januar.

Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt:

Die britische Admiralität bestätigt außer den bereits bekanntgegebenen U-Booten „Starfish“ und „Andine“ nunmehr auch den Verlust des U-Bootes „Seahorse“.

Die nichts von der Schifffahrt verstehen. Außerdem ist man völlig im Unwissen über die Entschädigungen, die durch das Schifffahrtsministerium den Reedern für die Requirierung der Schiffe gezahlt werden. Man hat angeblich das Gefühl, daß von den Reedern starke finanzielle Opfer verlangt werden, ohne daß sichergestellt sei, daß die Schiffe wirklich zweckmäßig eingesetzt und gebaut werden.

mischung in seine Interessensphäre auszuweiten“ nicht daran hindern lassen, an der deutsch-französischen Verteidigungspolitik festzuhalten und damit anerkannt, daß der tschecho-slowakische Raum deutsche Interessensphäre geworden war.

3. Die neue französische Außenpolitik begegnete von vornherein erheblichen innerpolitischen Widerständen. Diese innerfranzösische Opposition war so stark, daß Bonnet ihr in einer Rede vor der französischen Kammer am 26. Januar 1939 erhebliche Zugeständnisse machen zu müssen glaubte, indem er das Fortbestehen der französischen Interessen in Osteuropa und die volle Gültigkeit des französisch-polnischen Bündnisses stark unterstrich.

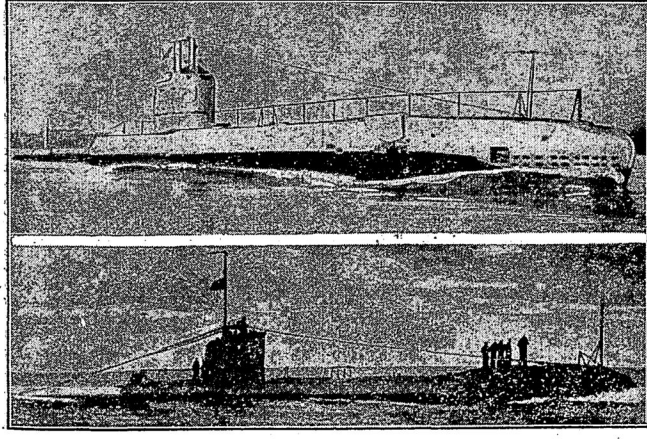
Tatsächlich hielt sich Bonnet indessen auch weiter für gebunden an die Zusagen, die dem Reichsaussenminister am 6. Dezember 1938 hinsichtlich eines Desinteresses Frankreichs in Osteuropa gegeben worden waren. Deshalb gab der französische Außenminister vor und nach der erwähnten Rede dem deutschen Botschafter in Paris, Grafen Welczed,

die ausdrückliche Versicherung ab, daß seine Kammererklärung nur für den inneren Gebrauch bestimmt sei und keine Bedeutung für die wirkliche Politik Frankreichs habe, die bei den Pariser Besprechungen des Reichsaussenministers festgelegt worden war. So gab er dem deutschen Botschafter in Paris bereits am 24. Januar 1939 zu verstehen, daß die Stellen seiner Rede über „das absolute Festhalten an der französischen Politik im östlichen Europa“ nur für den inneren Gebrauch bestimmt seien. Am 18. Februar berichtete Graf Welczed über ein weiteres Gespräch mit dem französischen Außenminister. Der deutsche Botschafter sprach zunächst weisungsgemäß sein Befremden darüber aus, daß Bonnet in seiner Rede von der Pflege und womöglich Erweiterung der französischen Freundschaften in Ost- und Mitteleuropa gesprochen und dadurch beispielsweise bei den Tschechen und Polen den Eindruck einer Wiederaufnahme der gegen Deutschland gerichteten Entfremdungspolitik hervorgerufen habe. Der Bericht des Grafen Welczed an das Auswärtige Amt fährt dann wörtlich wie folgt fort:

## Keinerlei Politik im Osten

Bonnet widersprach sehr lebhaft und erinnerte an die mir vor seiner Rede in der Deputiertenkammer gegebenen Erklärungen. Man könne doch, meinte er, alle Freundschaften pflegen und diese wirklichlich und kulturell ausbauen, ohne dem schon durch seine geographische Lage bevorzugten Deutschen Reich im Osten und Südosten in die Quere zu kommen. Dieses gleiche gute Recht werde Deutschland sicherlich in Spanien für sich in Anspruch nehmen, sobald dort Ruhe und Ordnung wiederhergestellt seien. Er bitte mich, dem Herrn Reichsminister des Auswärtigen die

betreffenden Stellen aus seiner Seilschaft über die französische Außenpolitik zu übermitteln, an der man schwerlich etwas aussetzen könne. In außenpolitischen Kammerdebatten würden oft Dinge gesagt, die offensichtlich für das interne Forum bestimmt seien und keine darüber hinausgehende Bedeutung hätten. Wenn ein französischer Außenminister gegen Sturm und Wogenbrand unserer Seilschaften gerechten Ansprüchen auf die subkontinentalen Gebiete Geltung verschafft und dann innerlich die Konsequenzen aus der Veränderung der Lage in Zentraluropa gezogen habe,



Britische U-Boote vernichtet

Durch deutsche Abwehrmaßnahmen wurden nach dem Bericht des Oberkommandos der Wehrmacht in der Deutschen Bucht das britische U-Boot „Starfish“ (640 Tonnen), das unter Bild oben zeigt, und „Andine“ (540 Tonnen), unten im Bild, vernichtet. Ein Teil der Besatzungen wurde gerettet. (Scherl-Bilderdienst-W.)